



21.10.2026

Postulat

von Marita Verballi (FDP)
und Anna Graff (SP)

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie bestehende Informationsmaterialien und Präventionskampagnen der Stadt Zürich zu häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt vermehrt mehrsprachig zur Verfügung gestellt und zielgerichtet verbreitet werden können. Die Auswahl der Sprachen und Zielgruppen soll datenbasiert und unter Einbezug bestehender kantonaler Statistiken und Auswertungen zu häuslicher Gewalt und der sprachlichen Zusammensetzung der Zürcher Bevölkerung erfolgen. Ziel ist es, bestehende Angebote besser zugänglich zu machen, mehr Betroffene und ihr Umfeld zu erreichen und damit dazu beizutragen, dass mehr Fälle häuslicher Gewalt erkannt, gemeldet und zur Anzeige gebracht werden.

Begründung:

Bei häuslicher Gewalt besteht ein grosses Dunkelfeld. Viele Fälle werden weder der Polizei noch Beratungsstellen bekannt. Damit Betroffene Unterstützung erhalten und strafbare Handlungen verfolgt werden können, müssen Betroffene und ihr Umfeld bestehende Hilfs-, Beratungs-, Melde- und Anzeigemöglichkeiten kennen.

Die Stadt Zürich informiert mit Kampagnen, Plakaten, Flyern und weiteren Materialien über häusliche und geschlechtsspezifische Gewalt. Diese sind teilweise nur auf Deutsch verfügbar. Damit werden Personen mit geringen Deutschkenntnissen ungenügend erreicht.

Mehrsprachige Information soll gezielt erfolgen. Bei der Auswahl der Sprachen und Zielgruppen sollen vorhandene kantonale Daten und Erkenntnisse zu Betroffenen, Tatpersonen und häuslicher Gewalt ebenso berücksichtigt werden wie sprachliche Zugangsbarrieren und die sprachliche und demographische Zusammensetzung der Zürcher Bevölkerung.

Für die zielgerichtete Verbreitung sollen Orte berücksichtigt werden, an denen Betroffene und ihr Umfeld niederschwellig erreicht werden können. Dazu zählen beispielsweise der öffentliche Verkehr, Polizeistellen, Spitäler, Gemeinschaftszentren, Sport- und Badeanlagen sowie Toiletten in öffentlichen Gebäuden.